

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

An:

siehe Formular PCT/ISA/220

PCT

SCHRIFTLICHER BESCHEID DER INTERNATIONALEN RECHERCHENBEHÖRDE (Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA/210 (Blatt 2)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
siehe Formular PCT/ISA/220

WEITERES VORGEHEN

siehe Punkt 2 unten

Internationales Aktenzeichen
PCT/DE2004/002552

Internationales Anmelde datum (Tag/Monat/Jahr)
19.11.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
19.12.2003

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK
B60T7/12, B60T13/02, B60T13/58, B60T13/74, F16D65/14

Anmelder

ROBERT BOSCH GMBH

1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
- Feld Nr. II Priorität
- Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erforderliche Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erforderlichen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

2. WEITERES VORGEHEN

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationalen Büro nach Regel 66.1bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA/220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA/220.

3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA/220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Beckman, T

Tel. +49 89 2399-7119



Feld Nr. I Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
 - Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
 - a. Art des Materials
 - Sequenzprotokoll
 - Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
 - b. Form des Materials
 - in schriftlicher Form
 - in computerlesbarer Form
 - c. Zeitpunkt der Einreichung
 - in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
 - zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
 - bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3. Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erforderlichen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung

Neuheit	Ja: Ansprüche 1-19 Nein: Ansprüche
Erforderliche Tätigkeit	Ja: Ansprüche 1-19 Nein: Ansprüche
Gewerbliche Anwendbarkeit	Ja: Ansprüche: 1-19 Nein: Ansprüche:

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung

Es wurde festgestellt, daß die internationale Anmeldung nach Form oder Inhalt folgende Mängel aufweist:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

- D1: US-A-3 688 875
- D2: GB-A-2 358 897
- D3: US-A-5 148 894
- D4: US-A-3 805 924
- D5: EP-A-0 063 871

Neuheit:

Gemäss Vorrichtungsanspruch 1 umfasst die automatisierte Feststellbremsvorrichtung einen Bremskolben, einen Hilfskolben und einen zwischen dem Bremskolben und dem Hilfskolben angeordneten Hydraulikraum, während in D1 der Hydraulikraum nicht zwischen den Kolben, sondern hinter den beiden Kolben angeordnet ist.

Gemäss Verfahrensanspruch 14 erfolgt die automatische Feststellbremsbetätigung durch Aufbau eines Hydraulikdrucks in einem zwischen dem Bremskolben und dem Hilfskolben angeordneten Hydraulikraum, während in der Schrift D1 keinerlei Hinweise auf einen zwischen den beiden Kolben angeordneten Hydraulikraum zur automatischen Feststellbremsbetätigung gegeben werden.

Erfinderische Tätigkeit:

Der Gegenstand des Anspruchs 1 löst das folgende **Problem:** eine Feststellbremsvorrichtung mit einem besonders einfachen und kostengünstigen Aufbau zu ermöglichen, ohne Einfluss auf die Betriebsbremsung (Besch. S.2, Z.6-14) , mit der **Lösung** gemäss dem Gegenstand des unabhängigen Anspruchs 1: mit einem zwischen

den beiden Kolben angeordneten Hydraulikraum.

Die zitierten Dokumente geben keinerlei Hinweise, eine solche automatisierte Feststellbremse, oder ein solches Verfahren, mit einem zwischen den beiden Kolben angeordneten Hydraulikraum zu schaffen. Alle Gegenstände des unabhängigen Vorrichtungsanspruchs 1 oder des Verfahrensanspruchs 14 sind somit aus keinem einzigen Dokument oder einer Kombination von Dokumenten bekannt oder nahegelegt. Die Ansprüche 2-13 und 15-19 sind von Anspruch 1 oder Anspruch 14 direkt oder indirekt abhängig, somit erfüllen alle Ansprüche 1-19 die Erfordernisse des Artikels 33(2) und des Artikels 33(3) PCT.

Gewerbliche Anwendbarkeit:

Die Erfindung kann in der Fahrzeugindustrie verwendet werden.

Zu Punkt VII:

Übrige Kommentare:

1. Im Widerspruch zu den Erfordernissen der Regel 5.1 a) ii) PCT werden in der Beschreibung weder der in dem Dokument D1 offenbarte einschlägige Stand der Technik noch dieses Dokument angegeben.
2. Die unabhängigen Ansprüche 1 und 14 sind nicht in der zweiteiligen Form nach Regel 6.3 b) PCT abgefaßt. Im vorliegenden Fall erscheint die Zweiteilung jedoch zweckmäßig. Folglich gehören die in Verbindung miteinander aus dem Stand der Technik bekannten Merkmale (Dokument D1) in den Oberbegriff (Regel 6.3 b) i) PCT) und die übrigen Merkmale in den kennzeichnenden Teil (Regel 6.3 b) ii) PCT).